

„JA zum Osthilfegesetz“

Am 26. November stimmen wir nicht einfach über eine freundschaftliche Hilfeleistungen an unsere Partner in Osteuropa ab. Die EU- Länder sind unser wichtigster Handelspartner. Jeder dritte Franken und jede dritte Arbeitskraft ist am Handel mit der EU gebunden. Der ungehinderte Zugang zu den EU-Märkten ist somit von enormer Bedeutung unserer Unternehmer und unserer Volkswirtschaft. Das schweizerische Engagement vor Ort erhöht nun sogar die Chancen unserer Unternehmen bei internationalen Ausschreibungen; etwa im Rahmen des mit jährliche 33 Milliarden Franken dotierten EU-Fonds. Das Osthilfegesetz ist auf zehn Jahre befristet und der Beitrag dabei auf 100 Mio. Franken jährlich begrenzt. Wir bestimmen dabei selbst und dies nicht ohne Eigennutz, welche konkreten und förderungswürdigen Projekte wir unterstützen wollen. Von dieser Zusammenarbeit profitieren wir mehr als nur wirtschaftlich. Im Fordergrund stehen dabei auch der Abbau von grenzüberschreitenden Umweltschäden, eine Modernisierung der Kriminalitätsbekämpfung, die Eindämmung von unerwünschter Einwanderung und die Friedensicherung durch den Aufbau von bürgernahen Institutionen. Es fliesst dabei kein Rappen in irgendwelche EU- Töpfe. Das Ja steht auch für eine budgetneutrale Finanzierung. Wir Steuerzahler werden nicht zusätzlich belastet und die getätigten Investitionen in die neuen EU-Länder fliessen über direkte und indirekte Aufträge wieder in die Schweiz zurück. Es liegt also in unserem eigenen Interesse, in gute Beziehungen zu Europa und nun ganz besonders zu den neuen Ländern (und Märkten) im Osten zu investieren. Das JA zum Osthilfegesetz ist unser Schweizer Beitrag zum wirtschaftlichen, sozialen und auch politischen Wandel in allen Empfängerländern. Mit einem JA helfen sie auch mit, die Probleme direkt dort zu bekämpfen, wo sie sind.

Roland Agustoni
Grossrat
Magden